

Hans Leyendecker

## Die Giftgaslieferungen an den Irak waren kein Zufall

### Deutsche Waffenexporte in den Nahen Osten

---

*Hans Leyendecker, geb. 1944 in Brühl, ist seit zwölf Jahren politischer Korrespondent des SPIEGEL in Düsseldorf; Richard Rickelmann, geb. 1939 in Ibbenbüren, ist seit 15 Jahren SPIEGEL-Korrespondent für Wirtschaft. Hans Leyendecker hat die Parteispendenaffäre aufgedeckt, beide zusammen waren an den Enthüllungen im Späth-Skandal beteiligt. Im Herbst 1990 erschien ihr Buch „Exporteure des Todes“ (Steidl Verlag; 9,80 DM).*

---

Der Golfkrieg war eine gigantische Fehlkalkulation mit unabsehbarem Ausgang und, vor seinem Ende stand schon fest, daß der Kampf um Kuwait über sein Ende hinaus noch viel Unheil bringen würde. Er kostete hohe Milliarden-Summen und wird wohl weitere Milliarden in die modernste Waffentechnik lenken — Riesensummen, die zugunsten armer Länder, für die ökologische Umrüstung der Industrie oder für soziale Aufgaben fehlen werden. Die Waffenarsenale werden schon wieder mit modernster Technik aufgefrischt, die Rüstungsindustrie steht vor einem neuen Boom.

Versündigt haben sich viele im Irak. Ohne die modernen Waffentechnologien, die Bagdad sowohl von der Sowjetunion als auch von den westlichen Industriestaaten und ihren Exporteuren erhalten hat, wäre der Konflikt vermutlich nicht ausgeartet. Saddam Hussein hätte sich den Überfall auf Kuwait nicht leisten können, und der Westen hätte nicht mit der zwangsweisen Abrüstung begonnen. Der Irak, der mit Mittelstreckenraketen und einem chemischen und biologischen Waffenarsenal seine Nachbarn bedrohte, besaß bis 1956 nur 12 Panzer und ein Dutzend alter britischer Flugzeuge. Vor dem Krieg gegen die Alliierten standen der irakischen Armee mehr als 6000 Panzer und 700 Flugzeuge zur Verfügung. Der britische Publizist Anthony Parsons hat ermittelt, daß die Einwohnerzahl in den wichtigsten Ländern des Mittleren Ostens ähnlich groß ist wie die Bevölkerung Großbritanniens, aber das Total der Panzer in diesen Staaten fünf zehnmal höher als in Großbritannien ist.

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI schätzt, daß der Irak im letzten Jahrzehnt legal für 80 Milliarden US-Dollar Waffen eingekauft hat, weit mehr als die Bundesrepublik. An diesem Geschäft waren beispielsweise beteiligt: Ägypten, Äthiopien, Belgien, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, China, CSSR, DDR, Frankreich, Großbritannien, Italien, Jordanien, Jugoslawien, Kuwait, Marokko, Nordkorea, Österreich, Pakistan, Philippinen, Polen, Portugal, Saudi-Arabien, Schweiz, Sowjetunion, Spanien, Südkorea, Ungarn, USA und die Vereinigten Arabischen Emirate. Wohin der



Wettlauf um gute Kunden führen kann, war schon im Falkland-Krieg deutlich geworden. Der Zerstörer „Sheffield“ des NATO-Staates Großbritannien war durch eine von Argentinien abgeschossene „Exocet“-Rakete des NATO-Landes Frankreich getroffen worden; die Schäden waren so schwer, daß das Schiff später sank. Teile des Suchkopfes für die Rakete stammten aus der Bundesrepublik.

Dieser Waffenhandel war für einige Länder eine der wichtigsten Außenhandelstätigkeiten. Da ist Frankreich, die es dem Irak-Geschäft zu verdanken hat, daß sie hinter den USA und der Sowjetunion zum drittgrößten Waffen-exportland in der Welt vorrückte: Laut SLPRI bestand das von Saddam Hussein angelegte riesige Waffenarsenal zu nahezu einem Drittel aus französischen Lieferungen. Daß die Franzosen 1989 ihre Lieferungen plötzlich einstellten, hing nicht mit moralischen Bedenken zusammen, Saddam war einfach nicht mehr in der Lage, das Vernichtungsmaterial zu bezahlen.

Ein Großteil der Schiffe, mit denen der irakische Diktator eine schlagkräftige Kriegsmarine aufbauen wollte, wird in Italien festgehalten. Dem staatlichen Schiffsbaukonzern Fincantieri bringen „Saddams verfluchte Schiffe“, wie sie in der Lokalpresse genannt werden, tägliche Verluste von 100 Millionen Lire. 1980 hatte ein italienisches Werftenkonsortium unter Führung Fincantieris irakische Aufträge über 3,6 Billionen Lire (4,8 Milliarden Mark) für den Bau von sechs Korvetten, vier Fregatten, einem Versorgungsschiff und einem Schwimmdock erhalten. Tender und Dock wurden 1984/85 ausgeliefert. 1986 wurden zwei Korvetten fertiggestellt - sie konnten aber wegen des internationalen Waffenembargos während Bagdads Krieg gegen den Iran nicht in den Irak überführt werden. Bei fünf weiteren Schiffen verhinderte 1988 die irakische Zahlungsunfähigkeit die endgültige Fertigstellung. In langwierigen Verhandlungen bemühten sich beide Regierungen um eine finanzielle Lösung. Der Überfall auf Kuwait ließ auch diesen Deal platzen. Derzeit hegen insgesamt acht Korvetten und Fregatten, einige komplett ausgerüstet, beim Marinestützpunkt La Spezia an der Kette.

Insbesondere für die sozialistischen Regimes Osteuropas war der Irak ein wichtiger Kunde. In den siebziger Jahren war die Sowjetunion mit rund 90 Prozent beteiligt, von 1982 bis 1989 machte der sowjetische Anteil noch 48 Prozent aus. Die damalige Weltmacht hatte abwechselnd die Kriegsgegner Teheran und Bagdad unterstützt. Nach dem Überfall des Irak stellten die Sowjets für 18 Monate die Versorgung des Saddam-Systems ein und bedienten Teheran. Als die Iraker dann die Oberhand zu gewinnen schienen, nahmen die Sowjets wieder die guten Geschäftsbeziehungen zu Bagdad auf. Ein guter Lieferant war auch die Tschechoslowakei, deren Kriegsindustrie oft als verlängerter Arm des Kreml fungierte. Insgesamt 111 Betriebe oder Betriebsabteilungen mit 150 000 bis zu 200 000 Arbeitern lebten in der tschechischen Waffenschmiede vom Geschäft mit dem Tod. Das Ölland Irak galt dem siebtgrößten Rüstungsverkäufer der Welt als ausgezeichneter Partner, bis Bagdad mehr als 300 Millionen Dollar schuldig blieb.

Auch nach der Revolution kann sich die CSFR den Verzicht auf die Waffenindustrie offenbar nicht leisten. Um die Kriegsbetriebe auf Friedenserzeugung hinzutrimmen, fehlt das nötige Investitionskapital. Um sie stillzulegen, fehlen die nötigen Ersatzarbeitsplätze. Rüstungsgüter sind bald die einzigen Exportartikel, mit denen Länder wie die UdSSR oder die Tschechoslowakei auf den internationalen Märkten mithalten können. „Die Drachensaat, die der Osten und der Westen in all den Jahren mit dem Verkauf unzähliger Waffen und schließlich der Herstellungstechnologie ausgebracht haben, ist aufgegangen.“ Dieses Fazit zieht der sowjetische Wissenschaftler Sergei Blagovolin, Mitglied des sowjetischen Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit.

Die Logik ist einleuchtend: Dritteweltstaaten, die eine eigene Waffenindustrie aufziehen wollen, werden von Anbietern überschwemmt, die bereit sind, Geld, Fachkräfte und Know-how bis hin zu Blaupausen zu liefern. Haben diese Staaten erst einmal ihren Waffensektor aufgebaut, treten sie als Konkurrenten auf den Weltmärkten auf. China bietet beispielsweise Militärflugzeuge an, die mit amerikanischer, italienischer, französischer oder englischer Systemtechnik ausgestattet sind. Ein derartiges Handeln von Regierungen deckt natürlich schlechtes Gewissen bei Unternehmern zu. Von der moralischen Ächtung des Waffenhandels, wie sie noch dem im Ersten Weltkrieg reich gewordenen Levantiner Basil Zaharoff entgegengeschlagen war, ist längst nichts mehr übriggeblieben. „Etliche Firmen haben üble Geschäfte gemacht“, notierte die „Süddeutsche Zeitung“, und „etliche Politiker“ seien Heuchler.

### **Export um jeden Preis**

Im Angesicht der Katastrophe begannen vor allem westdeutsche Politiker, die solche Machenschaften immer gedeckt hatten, pharisäisch die Untaten der Industrievertreter zu verdammen. Dabei waren die Deutschen immer mit von der miesen Partie. In der Exportbilanz von SIPRI stehen sie beim Verkauf mörderischer Hardware an Bagdad zwar nur an zwanzigster Stelle. Aber wie keine andere Nation hat Deutschland Saddam flächendeckend mit hochgefährlichem Zeug ausgestattet. Als dem Staatsterroristen Saddam Hussein der schlagende Beweis gelang, daß seine Raketen den Boden Israels erreichen können, wirkten deutsche Politiker wie paralysiert. In Bonn kam Panik auf. „Unsere größte Sorge war“, bekannte ein Minister, „daß die von Deutschen mitentwickelten Raketen mit Giftgas bestückt sein könnten“ - Giftgas aus den von Deutschen gelieferten Anlagen im irakischen Samarra.

Während des Golfkrieges präsentierte sich denn auch das politische Bonn in einem jämmerlichen Zustand. Die Bundesregierung stand am Pranger. Sie mußte erklären, warum deutsche Firmen ungehindert, oft mit amtlicher Genehmigung und sogar mit staatlicher Bürgschaft bei Zahlungsausfällen, Bagdad mit hochsensitiven Rüstungsgütern versorgten. Jahrelang hatte die Bundesregierung tatenlos zugesehen, wie kriminelle Kaufleute ihren Profit

mit dem tödlichen Geschäft machten. Nach dem Skandal um die Lieferung der Giftgasfabrik an Libyen wollte die Bundesregierung die Exportbestimmungen drastisch verschärfen, doch die Exportlobby setzte sich durch und schaffte es, daß die Bestimmungen wieder verwässert wurden. Bezeichnend für die Einstellung der Bonner Politiker ist die Aussage des CSU-Abgeordneten Lorenz Niegel. In einer Bundestagsdebatte hatte er am 23. Juni 1989 vor der „politischen Schizophrenie“ gewarnt, „daß wir Deutschen Ordnung halten, aber andere außerhalb unserer Grenzen, mit denen wir freiwillig oder unfreiwillig kooperieren, sich alles leisten können und wir uns pausenlos Selbstbeschränkungen auferlegen“.

Da wirkt es wie Heuchelei, wenn die verantwortlichen Politiker nun Scham bekunden und von „schwarzen Schafen“ in der Industrie reden. Diese schwarzen Schafe gibt es herdenweise, und sie konnten sich nur deshalb so frei bewegen, weil für die Politik offenbar der Export um jeden Preis Vorrang hatte. Und es reicht nicht, wenn jetzt wieder einmal in Bonn strengere Gesetze beschlossen werden. Wenn wieder keine personellen Konsequenzen in der Regierung gezogen werden, drängt sich der Verdacht auf, daß niemand Verantwortung für die Ungeheuerlichkeiten im Irak-Export übernehmen will.

Der deutsche Rüstungsexport nach Nahost legt eine Gesinnung bloß, die auch in der Politik als Ideologie vorhanden ist: Nichts darf dem Export deutscher Leistung im Wege stehen. Export um jeden Preis, er garantiert den Wohlstand. So richtig der Glaubenssatz im Prinzip ist, so falsch wird er in seiner Zuspitzung. Export um jeden Preis setzt Skrupellosigkeit voraus. Zigtausende von Menschen bezahlen den Wohlstand der Exporteure mit ihrem Leben. Erst das Fressen, dann die Moral? Nicht einmal das: Viele Geschäfte laufen ganz ohne Moral. Keine Kanone ist zu verkaufen, wenn der Verkäufer ein funktionierendes Gewissen hat. Und Giftgas, das Lebewesen auf widerlichste Art ins Jenseits befördert, wird nicht deshalb angenehmer, weil der Lieferant der Anlage das Wort nie hören wollte.

Die Bundesrepublik ist auch Weltmeister im Export, weil deutsche Rüstungsgüter und ihnen verwandte Technologien in aller Welt einen so verteufelt guten Namen haben. In bezug auf den Irak, sagt W. Seth Carus, Rüstungsexperte im Institute of Near East Policy in Washington, seien „wohl alle Hände irgendwie schmutzig. Aber es sind die Deutschen, die mit großem Abstand am tiefsten im Dreck stecken“. Besonders im Bereich der Dual-use-goods, Waren also, die sowohl militärisch als auch zivil einsetzbar sind, war auf die Deutschen stets Verlaß. „Die größte Bedrohung“, kommentierte Anfang November die Züricher „Weltwoche“, „geht nicht mehr von den Supermächten aus, sondern von ihren eigenen Exporten.“

Gehen deutsche Kaufleute über Leichen, nach dem Motto, Hauptsache die Kasse stimmt? Politiker wie SPD-Chef Hans-Jochen Vogel verlangten nach Kriegsausbruch, „die Exporteure des Todes“ künftig zu behandeln „wie Schwerverbrecher“. Bild echote: Wer legt den Mördern im grauen Flanell

endlich das Handwerk?" Manche kennen offenbar keine Grenzen. So betrieben die Lieferanten der Giftgasanlagen die Umgehungsausfuhren, wie das kriminelle Geschäft über Drittländer verharmlosend heißt, noch zu einem Zeitpunkt, als westliche Geheimdienste und Regierungen längst Alarm geschlagen hatten. Es geht um Geld, sehr viel Geld; manchmal sogar um neunstellige Summen. Da heißt es zupacken, ehe ein anderer zuvorkommt, einsteigen, bevor der Zug abgefahren ist. Nirgendwo sonst sind solche Renditen drin. Zudem nutzt es auch dem eigenen Fortkommen. Für die Karriere sind gute Zahlen wichtig, und da spielt es meist keine Rolle, wie sie zustande kommen.

### **Die Aufrüstung des Irak mit C-Waffen**

Der israelische Staatspräsident Chaim Herzog mochte schon 1985 seinem bundesrepublikanischen Kollegen Richard von Weizsäcker eine ernste Mahnung nicht ersparen. „Tag für Tag erfahren wir von der Ankunft weiterer Todeswaffen in unserer Region, jedesmal sind sie tödlicher und mörderischer als die vorherigen“, klagte das israelische Staatsoberhaupt. Aus Ost und West strömten die Mittel der Vernichtung herbei. Herzog damals: „Ist nicht die Zeit gekommen, dem tödlichen Wettrüsten im Nahen und Mittleren Osten Einhalt zu gebieten? Haben wir nicht unseren vollen Anteil an Katastrophen und Kriegen gehabt? Nicht Waffen fehlen uns - sondern Frieden.“ In einer Diskussion mit jungen Israelis mußte sich von Weizsäcker den Vorwurf anhören, nach dem Mord an sechs Millionen Juden gefährdeten nun die Deutschen mit ihren Waffengeschäften das Leben derer, die dem Holocaust entronnen seien. Der Bundespräsident antwortete auf die Klage nicht. 41 Jahre nach Kriegsende war bei den herrschenden Politikern in Bonn das Gespür für spezielle, in der Vergangenheit wurzelnde israelische Ängste verlorengegangen, verdrängt und vergessen die deutsche Selbstverpflichtung, jüdischen Empfindlichkeiten besonders sensibel zu begegnen.

Die Bonner Regierung legte sogar alle Scheu ab. Sie machte Ernst mit den Ankündigungen des Kanzlers Helmut Kohl bei dessen mißratenen Israel-Besuch vom Januar 1984, seine Regierung wolle künftig die „legitimen Interessen der mit der Bundesrepublik Deutschland befreundeten Länder der Region“ berücksichtigen.

Daß der Irak zu der wichtigsten Militärmacht im arabischen Raum wurde, verdankt er seinem riesigen Arsenal an Nervenkampfstoffen. Mit Ausnahme der beiden militärischen Supermächte USA und Sowjetunion verfügt kein anderes Land über so große Depots von Giftgas. Seit Mitte der siebziger Jahre bemüht sich der Irak weltweit um den Einkauf solcher Anlagen, in der Bundesrepublik kam Saddam Anfang der achtziger Jahre zum Ziel. Die Firmen Karl Kolb GmbH und ihre Tochterfirma Pilot Plant sowie die Hamburger Firma Water Engineering Trading (W. E. T.) belieferten den Irak nach den Ermittlungen des Kölner Zollkriminalinstituts mit allem, was zur Giftgasherstellung benötigt wird.

Als Anlagen zur Herstellung von Pflanzenschutzmitteln gegen die Heuschreckenplage getarnt, lieferte Kolb ohne jede Beanstandung durch deutsche Kontrolleure. Die W. E. T. lieferte für die Giftgasfabriken in Samarra tonnenweise Vorprodukte für die Herstellung des Nervengases Tabun. Für knapp zwanzig Millionen Mark bestellte der Irak bei der Hamburger Firma außerdem eine Fabrikationsanlage zur Herstellung der Basis-Stoffe für Samarra. Schon im Januar 1984 haben die Amerikaner Bonn alarmiert, aber erst im November 1987 wurden Ermittlungen eingeleitet. Dann dauerte es noch bis zum Herbst 1990, bis sechs Manager von Kolb und W. E. T. verhaftet wurden. Voraussichtlich im Herbst dieses Jahres kommen die mutmaßlichen Giftgashelfer endlich vor Gericht.

Pro Schicht wurden in Samarra bis zu 700 Kilogramm der tödlichen Substanzen Tabun, Senfgas und Blausäure hergestellt. Für die Füllung einer Fliegerbombe reichen 50 Liter, beim Angriff auf das kurdische Halabbachh, bei dem im Golfkrieg von 1987 rund 5 000 Kurden starben, fielen nach Augenzeugenberichten rund 20 Bomben vom Himmel — kaum mehr als eine Tagesproduktion in Samarra.

Nach neuesten Erkenntnissen steht fest, daß in den im wesentlichen von Deutschen errichteten Chemieanlagen von Samarra Zehntausende von Artillerie-Geschossen und Kurzstrecken-Raketen mit tödlichem Gift abgefüllt worden sind. Die Abfüllanlage liegt zwei Kilometer von den Giftgasanlagen entfernt am Rande des Fabrikgeländes. Dort wurden Granatenhülsen und kleine Raketen (Kaliber 120 und 122,4 Millimeter) mit Giftgas gefüllt - alles deutsche Wertarbeit. Die Hamburger Firma Water Engineering Trading lieferte auch eine Rohrverschraubungsanlage nach Samarra, genau passend zum Öffnen und Verschließen der Raketen. Eine sieben Millionen Mark teure Abfüllstation, ebenfalls von W. E. T., drückt das Gas in die GeschöÙhülsen. Während früher die Granaten und Raketen mit dem aus der Raumfahrt bekannten Beschichtungsmaterial Teflon angeliefert wurden, übernahm der Irak die Beschichtung bald schon selber. Die hessische Lab Consult, die mit der Karl Kolb GmbH verbunden ist, half mit einer Beschichtungsmaschine zur Abdichtung der GeschöÙ-Innenwände mit dem hochwertigen Material Halar. Der Kunststoff auf der Basis von Ethylen und Clortrifluorethylen ist von hoher thermischer und chemischer Beständigkeit. Aus halarbeschichteten Behältern kann Giftgas nicht entweichen und läßt sich zudem lange lagern.

Schrecken verbreitete auch die Vision vom Einsatz bakteriologischer Waffen durch den Irak. Die Stoffe können Cholera, Pest oder Thyphus auslösen und werden in unterirdischen Labors in Salman Pak hergestellt. Nach Erkenntnissen deutscher Behörden waren wieder die Giftgashelfer der Hamburger Firma W. E. T. beteiligt. Sie sollen Nährboden geliefert haben, mit denen sich Seuchen züchten lassen. Deutsche Firmen halfen auch bei der Herstellung weiterentwickelter bakteriologischer Waffen wie Mykotoxinen. Diese Pilzgifte können selbst bei starker Verdünnung Krebs auslösen und sind in höherer Konzentration sofort tödlich.

Deutsche Technik ist universell einsetzbar. Wenn der Diktator aus Bagdad tatsächlich Nervenkampfstoffe oder bakteriologische Waffen benutzt hätte, wären von den Alliierten deutsche Spürpanzer vom Typ „Fuchs“ eingesetzt worden. Das Fahrzeug, hergestellt von Thyssen, kann hunderte von chemischen Substanzen identifizieren. Auch Israel hat den „Fuchs“ jetzt erhalten.

Weltweit listen derzeit Nachrichtendienste und Regierungen auf, wer beim Scud-B-Programm der Iraker mitgewirkt hat. Exakt läßt sich der Anteil der Entwicklungshilfe aus Frankreich, Italien, Großbritannien und Brasilien nicht genau festlegen. Sicher ist nur eins: Die wichtigsten Helfer waren die Deutschen. Blaupausen von der kompletten Scud-B-Rakete haben Staatsanwälte mittlerweile in der früheren DDR entdeckt. Waffenspezialisten des Bundesnachrichtendienstes gehen davon aus, daß mit Hilfe solcher Unterlagen die Sowjetraketen jahrelang für den Irak im deutschen Osten nachgebaut worden sind. Wenn das stimmt, dürften die ohnehin vagen Schätzungen der Alliierten über Saddam Husseins Scud-Arsenal weit untertrieben sein.

### **Umgehung des UN-Embargos**

In Deutschland (West) waren es, wie das Bonner Wirtschaftsministerium schon im vergangenen August in einem vertraulichen Bericht feststellte, vor allem „mittelständische deutsche Unternehmen“, die mit Ingenieurgeist und Geschäftssinn Israel in die Reichweite irakischer Sprengköpfe rücken ließen. Rund ein Dutzend deutscher Firmen haben den Irak mit Raketentechnologie versorgt, darunter auch der renommierte Thyssen-Konzern, der 35 Pumpen für den Scud-B-Antrieb geliefert haben soll. Eine Waffe, die wegen der dazu benötigten Treibstoffmenge glücklicherweise nur noch eine Nutzlast von sehr begrenzter Vernichtungskraft an ihr Ziel bringen kann.

Auf der Kriegswaffenschau 1989 in Bagdad stellte der Irak eine Superbombe vor, auch sie basiert auf deutscher Waffentechnik. Die Bombe, die im Zentrum der Explosion eine Druckwelle erzeugt, die beinahe einer kleinen Atombombe gleicht, ist deutsche Wertarbeit. Tests für diese Wunderwaffe, die vor allem den amerikanischen Flugzeugträgern am Golf gefährlich werden könnte, wurden 1986 auf dem Gelände der Firma Messerschmitt, Bölkow & Blohm (MBB) im bayerischen Schrobenhausen durchgeführt. Die Pläne für die Bombe reichte MBB an eine bayerische Partnerfirma weiter. Von dort gingen die Unterlagen nach Kairo und wurden von da aus Saddam in die Hände gespielt. MBB erklärt, wie das meist in solchen Fällen ist, nichts davon gewußt zu haben. Völlig legal lief ein weiteres MBB-Geschäft, das wohl einträglichste mit dem Irak. Über die 1972 gegründete deutsch-französische Verkaufsgesellschaft Euromissile (MBB-Anteil: 50 Prozent) kaufte Bagdad knapp 10 000 Panzerabwehrraketen der Typen Hot und Milan sowie über 1000 Exemplare der Roland-Flugabwehrraketen. Ein glitschiges Feld, das sich nur austrocknen

ließe, wenn sich alle im Bündnis vereinten Länder einig wären, Waffen nur an die NATO-Partner zu liefern und diese dort auch bleiben müßten.

Deutsche Genehmigungsbehörden auszutricksen, war immer einfach. So konnte beispielsweise völlig legal, mit einem Freibrief des Bundesamtes für Wirtschaft, eine kleine Firma zu einem der wichtigsten Helfer des Irak bei der für den Atombombenbau notwendigen Urananreicherung avancieren. Die H + H Metalform lieferte sogenannte Fließdruckmaschinen zur Herstellung von Gasultrazentrifugen, in denen der Stoff für die Bomben angereichert wird. Zeitweilig erhielt das Unternehmen, das seit einigen Jahren zur Hälfte in irakischem Besitz ist, sogar Forschungsmittel der Bundesregierung.

Nach den Beobachtungen des Bundesnachrichtendienstes (BND) und anderer Geheimdienste, aber auch nach Schilderung von Irak-Heimkehrern funktionierte noch Monate nach dem UN-Embargo der Geschäftsverkehr zwischen Bagdad und Europa. Diskret wie eh und je wickelten deutsche Unternehmer mit dem kriegslüsteren Saddam ihre Verträge ab. Die Experten reisten über Amman ein. Die jordanische Hauptstadt war nach wie vor gut erreichbar. Von dort flog die Iraqui Airways täglich den Saddam Hussein International Airport an. Das Ritual lief nach den alten Regeln ab. Die Helfer wurden an den Kontrollen vorbeigeführt — ohne umständliche Paß- und Zollformalitäten. Sie dienten der Tarnung. Nach einer EG-Verordnung vom 29. Oktober 1990 waren sämtliche Dienstleistungen für die irakische Wirtschaft mit Ausnahme von Bankgeschäften verboten. Einen Monat später erweiterte die Bundesregierung die Strafbestimmungen für einen Bruch des Irak-Embargos. Seitdem sind auch alle Dienstleistungen Deutscher im Irak und Kuwait unter Strafe gestellt.

Um das Embargo zu brechen, war kein Umweg zu weit. Auffällig viele deutsche Geschäftsleute reisten von Amman nicht gleich in die Heimat zurück, sondern steuerten erst London oder Amsterdam an. Routinegemäß notierten bundesdeutsche Grenzer bei der Paßkontrolle die Reiseroute mancher Nahost-Rückkehrer. Auf diese Weise kamen Behörden dahinter, daß beispielsweise Manfred Schwender im September aus dem Irak - nicht an Bord einer Maschine mit freigelassenen Geiseln, sondern ganz privat zurückkehrte. Schwender und sein Vater Ewald sind im Irak-Geschäft keine Unbekannten. Sie betrieben einen Großhandel mit Maschinen und Baugeräten (vorwiegend Tätigkeit in Nahost-Staaten) und fielen vor ein paar Jahren auf, als sie eine Fertigungsstraße bauten, die jetzt in Samarra steht.

Angeblich sollten auf der Anlage so harmlose Behälter wie Feuerlöscher gefertigt werden. In Wirklichkeit aber wurden Fliegerbomben gebaut, die Saddam mit Nervenkeimstoffen füllen ließ. Die Schwenders sagten, sie seien hereingelegt worden und hätten den Zweck ihrer Anlage nicht gekannt. Vater Ewald Schwenders muß im Herbst mit einem Prozeß rechnen. Und die Ermittler versuchten herauszufinden, was Manfred Schwender diesmal im Irak machte. Für die Fahnder war es schwierig, jede Mission im Irak richtig zu deuten. Manche Konzernherren versuchten im Herbst 1990, festgehaltene Firmenangehörige auf eigene Faust rauszupauken wie die Manager der Kömer Baufirma Strabag, andere wollten offenbar ihren Auftrag erfüllen, weil sonst

die hinterlegte Garantiesumme von den Irakern kassiert worden wäre. Manche fürchteten auch, für immer auf eine schwarze Liste zu kommen und dadurch möglicherweise lukrative Geschäfte zu verlieren.

Der Geschäftssinn deutscher Unternehmer, so scheint es, läßt sich weder von internationalen Sanktionen noch von nationalen Gesetzen bremsen, die Exporte in Krisengebiete strengen Kontrollen und Beschränkungen unterwerfen. Das Bild vom häßlichen Deutschen, der das Monster Saddam mit hochgefährlichem Zeug ausgestattet und ihm dank Firmen wie Boswau und Knauer sogar noch einen Atombunker eingerichtet hat, ist für das Image der größten Exportnation der Welt verheerend.

Weil Feuer auf dem Dach ist, tut die Bundesrepublik, was sie schon seit Jahren hätte tun sollen: Der Waffenexport soll erschwert werden. Aber, statt lautstarker Empörung, blindem Aktionismus und tiefem Vergessen ist eine radikale Umkehr notwendig. Früher versuchte sich die Bonner Politik, so der Publizist Franz Thoma, „pharisäerhaft mit dem Kompromiß zu behelfen, nur Spannungsgebiete von einer Belieferung mit Waffen auszuschließen“. Dieser von Bundeskanzler Erhard eingeführte und von seinem späteren Amtsnachfolger Willy Brandt erweiterte Behelf ist indessen untauglich. Wo heute noch Frieden herrscht, können morgen schon Spannungen sein - und umgekehrt. Auch bei den Dual-use-Exporten werden heute Entschuldigungen für einen Umstand vorgebracht, den man selbst hätte verhindern können. Viele Entwicklungen werden heute von Managern, aber auch von Betriebsräten als unverschuldetes Unglück kaschiert. Aber wie ahnungslos darf man sein, bis man zum Mitschuldigen an verbrecherischer Produktion wird?